



GEMEINDERATSFRAKTION HERBOLZHEIM

Stellungnahme der SPD-FRAKTION zum Haushalt 2018

22.02.2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Gedemer,
sehr geehrte Mitglieder der Verwaltung,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger und Vertreterinnen der Presse

die Haushaltsberatungen und unsere Stellungnahme zum Haushalt sind für unsere Fraktion immer der Zeitpunkt, den Blick auf das Ganze zu richten und das für uns Wichtige anzusprechen.

Die Zahlen für das Jahr 2018 haben wir von unserem Kämmerer Herr Kalt gehört. Ich möchte sie nicht wiederholen, jedoch im Rahmen dieser Haushaltsrede auf das eine oder andere hinweisen.

Der SPD Politiker Hermann Schmitt Vockenhausen sagte einmal: „Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind“. Keiner sei so nah an den Bürgerinnen und Bürgern dran, wie die Kommunen. Je weiter man sich von den Kommunen entferne, desto abstrakter würden die Dinge.

Es ist die Aufgabe der Kommunalpolitik, den Menschen Orientierung und Sicherheit zu geben, weil sie das unmittelbar erfahren, erleben und fühlen können.

Vor einem Jahr haben wir bei einem „Blick in die Welt“ mit Sorgen beobachtet, wie verletzlich die politische Lage geworden ist.

Ein Blick auf Deutschland war in den letzten Monaten auch nicht unbedingt beruhigend und in Baden-Württemberg scheint sich Grün-Schwarz vom Regieren auf das Repräsentieren zu verlagern, Versprechen zu geben und sich dann nicht mehr daran gebunden zu fühlen und sich im Kabinett nicht abzusprechen.

Umso mehr ist es unsere Aufgabe, Kommunalpolitik transparent und offen zu gestalten.

Die SPD-Fraktion setzt sich dafür ein, Bürgerinnen und Bürger in Diskussionsprozesse mit kommunalpolitischen Themen einzubeziehen. Der Wunsch ist da und wir wären schlecht beraten, wenn wir kompetente Beiträge und Meinungen vernachlässigen würden. Frühzeitige Beteiligung hilft unserem Gremium, Beschlüsse zu fassen und diese gegenüber der Bürgerschaft zu kommunizieren.

Bereits im 6. Jahrhundert vor Christus erkannte der chinesische Philosoph La otse die Vorteile der Bürgerbeteiligung. (Zitat) „Sag es mir – und ich werde es vergessen. Zeige es mir – und ich werde mich daran erinnern. Beteilige mich – und ich werde es verstehen.“

Wir setzten darauf, dass diese, in den letzten Jahren vernachlässigte Gesprächskultur, mit unserem neuen Bürgermeister, Ihnen Herr Gedemer, möglich sein wird.

Die relativ gute finanzielle Lage der Kommunen und damit auch die von Herbolzheim, täuscht darüber hinweg, dass zunehmend Aufgaben den Kommunen übertragen werden und die notwendige finanzielle Ausstattung von Bund und Land zu diesen Ausgaben fehlt. Stattdessen macht die jetzige Landesregierung den umgekehrten Schritt. Durch die Vorwegentnahme im kommunalen Finanzausgleich entnimmt das Land aus dem Topf der Kommunen im Jahr 2017 321 Mio. Euro, was ungefähr 30 Euro pro Einwohner ausmacht. In einer Stadt wie Herbolzheim mit ca. 10.000 Einwohnern geht es also um eine Kürzung von rd. 300.000 Euro, und zwar pro Jahr. Diese Kürzungen zu Lasten der Kommunen schränkt die kommunale Selbstverwaltung ein. Die vom Land geförderten Fachprogramme gleichen dies nicht aus.

Lassen sie mich nun ein paar Eckpunkte zum Haushalt 2018 beleuchten.

Schulen, Kindergärten, Kitas, Kinder- und Jugendbetreuung stehen bei der SPD ganz oben auf der Agenda.

Herbolzheim war schon immer ein guter Schulstandort. Auch im Haushalt 2018 ist für die laufenden Kosten ein Zuschussbedarf bei den Schulen von 1,5 Mio. € veranschlagt und im Vermögenshaushalt sind geplante Investitionen von mehr als 100.000€ eingestellt. Das ist gut so.

Aber - uns macht der Rückgang der Schülerzahlen, vor allem bei der Emil-Dörle-Realschule Sorge. Eine relativ große Anzahl der Eltern aus Herbolzheim wählt für ihre Kinder eine andere Schule. Woran liegt das, wo wir doch, zumindest was in der Verantwortung des Schulträgers liegt, gut aufgestellt sind. Für uns als Stadt heißt das, der Sachkostenzuschuss des Landes sinkt, aber die laufenden Unterhaltungskosten bleiben auf dem gleichen Niveau erhalten.

Vor einigen Jahren haben wir aus der Werkrealschule und der Realschule eine Verbundschule gebildet. Ob das der richtige Schritt war ist aus unserer Sicht zu überdenken, wir haben es immer als eine Übergangslösung angesehen. Zu hinterfragen ist, was bringt diese Schulform den Schülerinnen und

Schülern oder hat sie nur dem Land Baden-Württemberg eine Schulleiterstelle eingespart. Es ist uns allerdings klar, dass eine Veränderung nur gemeinsam mit der Schulleitung gelingen kann. Jetzt gerade läuft das Verfahren der Neubesetzung der Schulleiterstelle und wir sind froh, dass das neue Schulgesetz der ehemaligen Grün-Roten Landesregierung eine stärkere Beteiligung des Schulträgers vorsieht. Dies sollten wir als Kommune nutzen.

Ebenso machen wir uns über die Frequentierung der Mensa Gedanken. Wir als Schulträger haben beschlossen, dass die Emil-Dörle-Schule, also beide Schularten, als Ganztagschule weiter entwickelt wird. Wir haben in Ganztagsräume und Mensa investiert, weil Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrkräfte sich dort gerne aufhalten sollen, um ein gutes Mittagessen einzunehmen. Wir sehen dieses Konzept so nicht umgesetzt.

Lassen sie mich noch ein Wort zur Schulsozialarbeit sagen. Wir haben diesen Bereich für unsere Schulen ausgeweitet und mehr Mittel eingestellt, wir brauchen diese Arbeit, auch an unseren Grundschulen. Bei einer immer heterogener werdenden Schülerschaft stehen Lehrerinnen und Lehrer vor Herausforderungen, die durch Schulsozialarbeit abgedeckt werden können. Wir stehen dazu, aber wir sind der Ansicht, Schulsozialarbeit gehört zu den Aufgaben des Landes und nicht zu denen des Schulträgers und deshalb sollten die Kosten in voller Höhe vom Land übernommen werden.

Im Bereich Kindergärten / Kita sind wir bis jetzt gut aufgestellt. Aber die Zahl der Kinder nimmt nicht ab, sondern sie steigt, worüber wir uns freuen. Daraus resultierend und durch Zuzug müssen wir die Schaffung neuer Plätze im Blick behalten. Wir wissen, für die Eltern besteht ein Rechtsanspruch.

Die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungen und Entwicklungen der Gemeinde wird in der Gemeindeordnung festgeschrieben. Im vergangenen Jahr, vor den Wahlen, fanden dazu Veranstaltungen statt, jetzt haben wir nichts mehr davon gehört. Wir würden uns wünschen, dass unser Jugendpfleger, zu dessen Aufgabe dieser Bereich gehört, dem Gemeinderat über seine Arbeit berichtet, wie wir das in der Vergangenheit auch immer wieder war.

Ein weiteres wichtiges Thema für unsere Stadt ist bezahlbarer Wohnraum. In den vergangenen Jahren haben wir Baugebiete erschlossen, es sind hauptsächlich selbstgenutzte Eigenheime entstanden und wenig Wohnungen mit bezahlbaren Mieten. Das muss sich aus unserer Sicht ändern. Für uns geht es nicht nur darum, wie viel Mehrfamilienhäuser entstehen sollen. Wir wollen, dass auch eine Sozialkomponente enthalten sein muss, was sehr wohl möglich ist, bereits im Bebauungsplan vorgegeben werden kann und beim Verkauf der Grundstücke nochmals festgeschrieben werden muss.

Wir hatten gestern zu diesem Thema eingeladen, es ist sicher für alle Gemeinderäte interessant, neue Möglichkeiten kennen zu lernen, darüber zu diskutieren und sich damit zu beschäftigen.

Außerdem sind bei der Ausweisung von Baugebieten die verkehrlichen Auswirkungen stärker in den Blick zu nehmen, vor allem wenn bestehende Wohnquartiere davon frequentiert werden. Es liegt nun an uns, wie wir mit zunehmenden Verkehr umgehen. Mehr Verkehr bedeutet mehr Lärm und mehr Stickoxidbelastung unserer Luft. Hinnehmen dürfen wir diese Entwicklung nicht, sondern müssen Maßnahmen ergreifen, Lärm und CO₂-Ausstoß zu minimieren. Wir haben vorher den Abschlussbericht des Klimaschutzkonzeptes für unsere Stadt gehört, darin sind sicher viele gute Ansätze enthalten, jetzt müssen wir sehen, was wir davon umsetzen können und wollen.

Mit unserem Antrag „Umbau der bestehende Fußgängerunterführung im Bereich des Bahnhofes zu einer rad- und rollstuhlgerechten Unterführung“ und die Planungskosten dafür in den Haushalt einzustellen, sehen wir einen zukunftsorientierten Beitrag und auch einen Beitrag in Richtung Ökologie. Je besser wir z.B. mit dem Fahrrad auf die andere Seite der Bahn kommen, desto eher wird dies auch genutzt. Leider konnten wir für diesen keine Mehrheit finden, auch weil für dieses Vorhaben Gelände der Bahn benötigt wird. Wir wissen wie wenig kooperativ die Bahn ist. Das darf jedoch kein Hinderungsgrund sein, die Forderungen nicht zu formulieren, denn sonst geschieht nichts. Auch eine Lärmschutzwand hat die Stadt schon früh gefordert, es hat lange gedauert, aber jetzt steht sie. Die Verwaltung hat uns zugesagt in dieser Richtung entsprechende Gespräche zu führen.

Ein großer Posten im Haushalt ist wieder die Stadtsanierung. In zwei Jahren läuft die Bezuschussung aus. Die Stadt sollte sich intensiv Gedanken machen, wie private Anwesen und Eigentümer nochmals auf die Möglichkeit der Bezuschussung aufmerksam gemacht werden können. Deshalb haben wir auch den Antrag gestellt, dass die Stadt sich in diesem Jahr an dem Tag der Städtebauförderung mit einer Veranstaltung beteiligt. Denn es ist in unserer Stadt mehr geschehen und gut gelungen, als dass die Hauptstraße einen neuen Belag bekommen hat und die Parkplätze anders angeordnet wurden.

Vor einigen Jahren hat der Gemeinderat für die anstehenden Projekte und Aufgaben eine Prioritätenliste erstellt. Sie war klar formuliert und ist für uns gesetzt, deshalb brauchen wir dazu auch keine Anträge stellen. Allerdings haben wir bereits damals angemerkt, dass der zeitliche Rahmen der Umsetzung von den finanziellen Möglichkeiten abhängig sein wird. Das könnte vor allem dann der Fall sein, wenn andere kostenintensive Pflichtaufgaben sich dazwischen schieben.

Wir begrüßen, dass in diesem Jahr die Planungskosten für das Feuerwehrgerätehaus mit DRK im Haushalt stehen, wir möchten, dass dieses Projekt dann im kommenden Jahr gebaut wird. Ebenso unterstützen wir die Beschaffung eines Fahrzeuges – HLF20 – für die Feuerwehr.

Ein weiterer Punkt in der Prioritätenliste sind unsere Hallen. Für die Halle in Wagenstadt stehen die Mittel des zweiten Bauabschnitts im Vermögenshaushalt. Die Kirnburg- und Breisgauhalle stehen noch auf der Agenda. Wir begrüßen, wenn ein Konzept über die Nutzung unserer Hallen erstellt wird und wenn wir dabei alle unsere Hallen im Blick haben. So wird es möglich sein, eine bedarfsgerechte Planung zu erstellen um die Hallengebäude für die tatsächlichen Bedürfnissen zu entwickeln und zu bauen.

Wir haben einen Antrag für die Ortsteile zu mehr Eigenverantwortung im Bereich der Ortsbildpflege gestellt. Dazu soll eine entsprechende Konzeption mit den Ortsvorstehern erarbeitet werden. Wir erwarten uns eine Entlastung der Verwaltung, vor allem des Bauhofs in Spitzenzeiten.

Und nun muss ich doch noch zwei Zahlen nennen, die mich sehr freuen, weil ich mich noch an andere Zeiten erinnere. Der Verwaltungshaushalt erwirtschaftet mehr als 2,6 Mio € als Zuführung zum Vermögenshaushalt. Diese Summe ist doppelt so hoch wie die geplanten Einnahmen aus Grundstücksverkäufen und es bleibt ein Betrag von 644.000 €, der der allgemeinen Rücklage zugeführt werden kann und für Investitionen in den kommenden Jahren zur Verfügung steht.

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen der SPD Fraktion bedanken.

Dass wir die Vielzahl der Herausforderungen im vergangenen Jahr meistern konnten, ist der Leistungsfähigkeit, Professionalität und Teamfähigkeit unserer Verwaltung zu verdanken. Deshalb geht unser Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und natürlich im Zusammenhang mit den Finanzen, ganz besonders an Sie, Herr Kalt und ihr Team.

Unser Dank gilt auch den anderen Fraktionen für die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Bei allen Herbolzheimer Bürgerinnen und Bürgern möchte ich mich bedanken, die durch ihre Wünsche, Hinweise und Ideen unsere Arbeit unterstützt haben.

Der Haushaltsplan für 2018 kann nicht allen Wünschen gleichermaßen entsprechen. Viele Wege führen nach Rom, heißt es. Aber welcher ist unser Weg für eine lebenswerte Stadt, in der sich alle, heute, morgen und übermorgen aufgehoben, geborgen und wohl fühlen?

Diesen zu erreichen ist in jedem Jahr Ziel der Haushaltsplanberatungen. Die Verwaltung und die Fraktionen suchen aus diesen vielen Wegen ihren Weg, den sie für den besten halten, um dieses Ziel zu erreichen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, Doris Daute, Fraktionssprecherin